



Europäisches BürgerInnen Forum  
Forum Civique Européen  
European Civic Forum  
Foro Cívico Europeo

**Jahresbericht 2011**

Herausgeber:

Europäisches BürgerInnen Forum - Forum Civique Européen

Postfach 1848, CH - 4001 Basel

# **Jahresbericht 2011**

## **Inhalt**

### **Vorwort**

### **Migration & Landwirtschaft**

Gegen die moderne Sklaverei im Plastikmeer von Almería: Bio und sozial nachhaltig?

Ein erfolgreicher Arbeitskampf

Eine gewerkschaftliche Bildungsreise

Kooperation mit der «Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft»

Ein Netzwerk im Mittelmeerraum

### **Ernährung & Agrarpolitik**

Europäische Saatgutkampagne: Zukunft säen – Vielfalt ernten

Forum für Ernährungssouveränität

### **Flucht & Migration**

Zehn Jahre Sans-Papiers-Bewegung in der Schweiz:

Demonstrationen, Besetzung der Fremdenpolizei, ein Banquet Républicain und das jurassische Unterstützungskomitee für Sans-Papiers (MJSSP)

Endstation Ukraine

Von Bamako nach Dakar – «Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung»

### **Nah & Fern**

Umweltzerstörung durch Uranabbau – ein afrikanisches Dorf wehrt sich!

Beteiligung an der Anti-Atom-Bewegung in Frankreich

Widerstand gegen geplante Goldmine in Rumänien

### **Hinweise : Film und Buchtipps**

#### **Archipel**

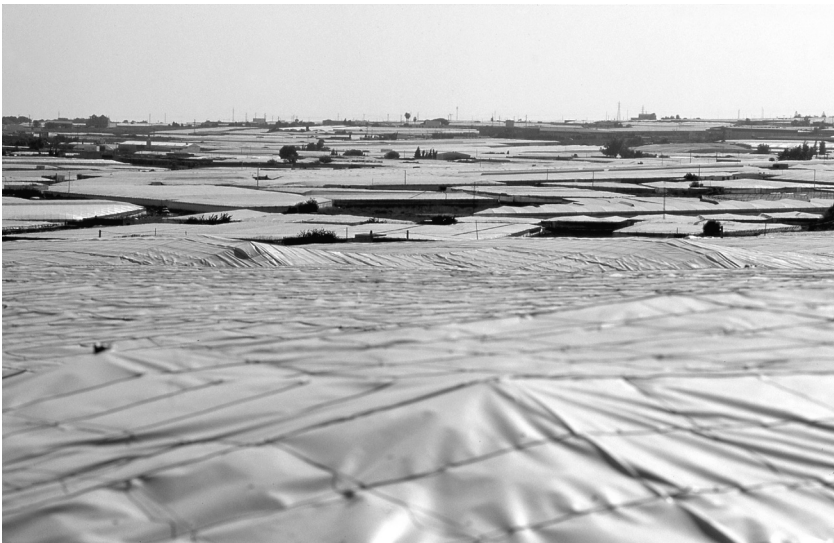
Die Monatszeitung des Europäischen BürgerInnen Forums – EBF

## Vorwort

Im Berichtsjahr 2011 hat das Europäische BürgerInnen Forum/Forum Civique Européen (EBF) die Redaktion für seine Internetseite erweitert. Der Jahresbericht übernimmt in seinem Aufbau die thematische Gliederung der Webseite. Neben den eigenen Aktivitäten und Kampagnen arbeitet das EBF auch vermehrt mit anderen Gruppierungen und Bewegungen zusammen. Diese Kooperationen können unterschiedliche Formen haben: So nehmen EBF-Mitglieder an Veranstaltungen und Aktionen verschiedener Netzwerke teil, oder das EBF ist selbst Mitgliedorganisation in solchen Plattformen. Der vorliegende Bericht versucht einen Überblick über diese breite Palette von Betäti-

gungsfeldern zu geben. Ausführlichere Informationen können unter [www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org) .

Politisch war das Jahr 2011 von der Aufbruchsstimmung des arabischen Frühlings geprägt. Die Aufstandsbebewegungen im Maghreb weckten die Hoffnung auf Veränderungen in der Welt – wie damals beim Fall der Berliner Mauer. Freude und Besorgnis vermischen sich, denn vieles ist noch unklar. Europa reagiert abwehrend, zuvor hatte es die regionalen Diktatoren lange unterstützt. Es verriegelt seine Grenzen gegen Menschen aus diesen Ländern. Die MigrantInnen setzen ihr Leben aufs Spiel und landen bei uns in der Rechtlosigkeit.



*Plastikmeer in El Ejido*

# Migration & Landwirtschaft

## **Gegen die moderne Sklaverei im Plastikmeer von Almería**

Seit mehr als einem Jahrzehnt sind die menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der MigrantInnen in der südspanischen Gemüseproduktion unter Plastik ein Hauptthema der Kampagnenarbeit des EBF. Die rassistischen Ausschreitungen gegen marokkanische LandarbeiterInnen in der Stadt El Ejido im Jahr 2000 waren der Auslöser, sich mit den Zuständen im Plastikmeer zu befassen. Ans Licht kam dabei eine Realität, die nicht nur in Almería, sondern auch andernorts in der europäischen Intensivlandwirtschaft vorherrscht: Ob Tomaten aus El Ejido, Erdbeeren aus Huelva oder Orangen aus dem kalabrischen Rosarno, sie alle sind Inbegriff eines Agrarsystems, das auf der rücksichtslosen Ausbeutung von MigrantInnen und der Umwelt beruht.

## **Bio und sozial nachhaltig?**

Die Partnerorganisation des EBF in Andalusien ist die kleine, unabhängige LandarbeiterInnen-Gewerkschaft SOC (Sindicato de Ober@s del Campo). Im Berichtsjahr stand für die SOC-Almería der Arbeitskampf bei «Bio Sol Portocarro» im Mittelpunkt, bei dem ein beispielhafter Erfolg errungen werden konnte.

Das Unternehmen ist eine der grossen Bio-Produktions- und -Vermarktungsfirmen in der Region. In den teils eigenen Plastikgewächshäusern sowie in jenen von 15 weiteren Bio-betrieben werden auf einer Gesamtfläche von etwa 100 Hektar übers Jahr rund 7'000 Tonnen Gemüse angebaut und im Verpackungs-Betrieb von Bio Sol für den Export nach Nordeuropa reisefertig gemacht. Bio Sol beschäftigt an die 200 ArbeiterInnen, die zur Mehrheit aus Marokko kommen, davon 80 – meist Frauen – in den Abpackhallen. Die Firma stellt sich gern als Musterschülerin in Sachen Umweltqualität dar und wirbt mit ihrer Bio-Philosophie. Was die Arbeits- und sozialen Bedingungen angeht, unterscheidet sie sich aber überhaupt nicht von der im konventionellen Landwirtschaftssektor üblichen Praxis.

## **Ein erfolgreicher Arbeitskampf**

Im Herbst 2010 wurden 12 marokkanische Frauen – langjährige MitarbeiterInnen im Abpack-Betrieb von Bio Sol – unbegründet und fristlos entlassen. Dahinter stand die Absicht des Unternehmens, Langzeit-Beschäftigte, die gesetzlichen Schutz und Anspruch auf Abfindungen geniessen, durch neu eingestellte ArbeiterInnen auf prekärer Basis zu ersetzen.

Die Frauen wandten sich an die SOC, um sich gegen die Kündigungen sowie zahlreiche Verstösse gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen und Schikanen zu wehren. Nach monatelangen, erfolglosen Bemühungen, auf dem Rechtsweg eine Lösung zu erreichen, brachten Presseberichte, wie z. B. im Schweizer «Tagesanzeiger» und eine europaweite Kampagne Bewegung in die Angelegenheit. Hunderte FreundInnen des EBF richteten Protestbriefe an Bio Sol und den lokalen Unternehmerverband ASEPAL. Unter dem Druck der Öffentlichkeit trat Coop – hinter Migros, die zweitgrösste Supermarktkette der Schweiz – auf den Plan. Gemeinsam mit Bio Suisse, der Kontrollstelle für Bioprodukte, verlangte sie von ihrem Lieferanten eine Beilegung des Konflikts.

Die Drohung von Coop, kein Gemüse mehr bei Bio Sol einzukaufen, brachte die Firma schliesslich zum Einlenken: Im Frühjahr 2011 unterzeichnete sie mit den ArbeiterInnen und der SOC ein Abkommen, in welchem sie sich verpflichtet, in Zukunft die kollektivvertraglichen Bestimmungen einzuhalten und eine gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb zuzulassen. Sechs Frauen wurden wieder eingestellt, sechs weitere erhielten die vollen Abfindungszahlungen. Möglich wurde dieser Erfolg erst durch das Zusammenspiel zwischen dem lokalen Widerstand auf der einen Seite und der internationalen

Solidarität auf der anderen: Vor Ort die Gewerkschaft und vor allem die marokkanischen Arbeiterinnen, die trotz wiederholter Einschüchterungsversuche nicht klein beigaben – und auf europäischer Ebene, die Informations- und Protestkampagne. Für die SOC eröffnete der Arbeitskampf ein neues Betätigungsfeld: die gewerkschaftliche Organisation der Frauen in den Verpackungs-Betrieben.

Insgesamt konnte die SOC-Almería im Berichtsjahr ihre Aktivitäten fortführen und ausweiten. Das betrifft sowohl die Rechtsberatung und -vertretung bei ungerechtfertigten Entlassungen und ausstehenden Lohnzahlungen, als auch die Ausbildungsprogramme zur Förderung der Selbstorganisation der MigrantInnen. Inhaltliche Schwerpunkte der Schulungen sind Arbeits- und Sozialgesetzgebung sowie gewerkschaftliche Rechte der ArbeiterInnen. Abgehalten werden sie in den drei SOC-Lokalen in Almería, El Ejido und San Isidro (Níjar). Weitere Angebote wie z. B. Alphabetisierungs- oder Arabischkurse, Videoprojektionen und Internetzugang, machen die Lokale zu beliebten Treffpunkten der MigrantInnen.

2011 stiessen auch zwei neue Teilzeit-Mitarbeiterinnen zum SOC-Team: Mbarka, eine junge Marokkanerin und ausgebildete Mediatorin, hält Kontakt zu den Frauen aus dem Verpackungssektor; Marga, eine junge spanische Juristin, die auf Fremden-

recht spezialisierte ist, verstärkt die Rechtsabteilung.

## Eine Gewerkschaftliche Bildungsreise

Im Mai 2011 fuhr eine 12-köpfige Gruppe österreichischer GewerkschafterInnen und JournalistInnen auf Einladung der SOC nach Almería. Organisiert wurde die Reise vom gewerkschaftlichen Bildungsverein «Weltumspannend Arbeiten» mit Sitz in Linz, in Kooperation mit dem EBF. Ziel der Reise war es, einen gewerkschaftlichen Austausch zu organisieren und die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Solidarität auszuloten. Denn die SOC benötigt zweifellos nach wie vor

Unterstützung von aussen, um ihr Engagement für die Verteidigung der migrantischen LandarbeiterInnen in der Provinz Almería aufrechtzuerhalten. Nach der Reise beschlossen die TeilnehmerInnen, eine Informations- und Spendenkampagne zu starten, um das Thema in Österreich bekannt zu machen und die SOC bei der gewerkschaftlichen Organisation der Frauen im Verpackungssektor finanziell zu unterstützen. Im Zuge der Reise entstand auch ein Kurzfilm mit dem Titel «Der Preis für unser Gemüse». Dieser kann im Internet angesehen (<http://www.youtube.com/watch?v=NREPQ8umZuQ>), oder aber auf DVD bestellt werden unter [<plastik.meer@reflex.at>](mailto:plastik.meer@reflex.at)



*Toleranz und Qualität miteinander - dann ist ja alles okay !*

## Kooperation mit der «Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft»

Das EBF ist Mitglied der schweizerischen «Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft» (<[www.agrisodu.ch](http://www.agrisodu.ch)>) und in diesem Rahmen in erster Linie in der Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Nach jahrelangen Anstrengungen, die grossen Supermarktketten zu einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Einkaufspolitik zu bewegen, brachten die Standesinitiativen von fünf Kantonsparlamenten, das Thema erneut auf die politische Bühne. Diese forderten die Bundesbehörden dazu auf:

- *sich in den Verhandlungen mit der WTO und der EU für gerechte Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsverfahren bei allen Produkten einzusetzen, die in die Schweiz eingeführt werden;*
- *für alle Lebensmittel, die in die Schweiz eingeführt werden, eine Deklarationspflicht hinsichtlich der sozialen Bedingungen und der Nachhaltigkeit der Produktion zu verlangen;*
- *die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu verbieten, die unter sozialen Bedingungen produziert werden, die zum Standard in unserem Land in krassem Widerspruch stehen.*

Für viele war es eine Überraschung, dass der Nationalrat im Dezember 2010 diese Forderungen mit 85 zu

76 Stimmen annahm – ein Entscheid, der sicherlich auch dank der Sensibilisierungskampagne des EBF und der Plattform zustande kam.

Eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit im Frühjahr 2011 sollte die StänderätInnen davon überzeugen, die Importe von «bitterem» Obst und Gemüse mit gesetzlichen Massnahmen zu unterbinden: Im März fanden Protestaktionen vor Migros- und Coopfilialen in 15 Schweizer Städten statt. Flugblätter und manchmal auch witzige Darbietungen wiesen die KonsumentInnen auf die skandalösen Arbeitsbedingungen in der Erdbeerproduktion in der südspanischen Provinz Huelva hin.



*Jede Jahreszeit hat ihr Obst und Gemüse !*

Weder die Aktionen noch die zahlreichen, an die ParlamentarierInnen gerichteten Briefe, haben die Mehrheit des Ständerats dazu bewogen, sich



für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Im Juni lehnte er zum zweiten Mal die Standesinitiativen gegen den Import von «unsozialen» Nahrungsmitteln ab.

### **Ein Netzwerk im Mittelmeerraum**

Im Juli 2010 organisierten Mitglieder des EBF-Frankreich eine Arbeitsgruppe am Europäischen Sozialforum in Istanbul zum Thema «*Das Agro-Business und seine Konsequenzen für die bäuerliche Landwirtschaft im Mittelmeerraum*». Unter den TeilnehmerInnen war auch Omar Aziki, der Vertreter einer marokkanischen LandarbeiterInnen-Gewerkschaft, die unter schwierigsten Bedingungen für die Rechte der ausgebeuteten LandarbeiterInnen im Souss – dem Zentrum der Intensivlandwirtschaft in Marokko – eintritt. Es entstand die Idee, gemeinsam ein Netzwerk der Solidarität und des Informationsaustauschs zwischen direkt Betroffenen in Europa und solchen in den nordafrikanischen Ländern aufzubauen. Im November 2010 fand in Südfrankreich ein erstes Vorbereitungstreffen statt, an dem VertreterInnen von bäuerlichen Organisationen, Gewerkschaften sowie von NGO's aus Frankreich, Spanien, Marokko und der Türkei teilnahmen. Darunter: Attac, Confédération Paysanne (beide Frankreich), EBF, SOC (Spanien) Attac (Marokko) und Ciftçi-Sen – eine türkische Föderation von Bauerngewerkschaften. Als

Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit wurden Aktivitäten in folgenden Bereichen festgelegt:

- *Erhalt und Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft;*
- *Verteidigung der Rechte der LandarbeiterInnen in der industriellen Landwirtschaft;*
- *Informationsaustausch über soziale Kämpfe;*
- *Aufbauprojekte im ländlichen Raum;*
- *Internationale Solidarität bei Repressalien gegen Sozialbewegungen und Mitglieder des Netzwerks.*

Der kurz darauf erfolgte politische Aufbruch der Menschen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in der arabischen Welt hat diesen Willen bestärkt. Das Netzwerk befindet sich noch in der Aufbauphase. Am Ende des Berichtsjahrs trat es erstmals mit einer Solidaritätsbriefaktion in Erscheinung, zur Unterstützung marokkanischer Landarbeiter, die sich gegen die Massenentlassungen in den Gewächshäusern der königlichen «Société des Domaines Agricoles» zur Wehr setzten. Ebenfalls im Dezember 2011 nahmen zwei Mitglieder des EBF-Frankreich an einer Konferenz über «*Die Landwirtschaft nach der Revolution*» in Tunesien teil.

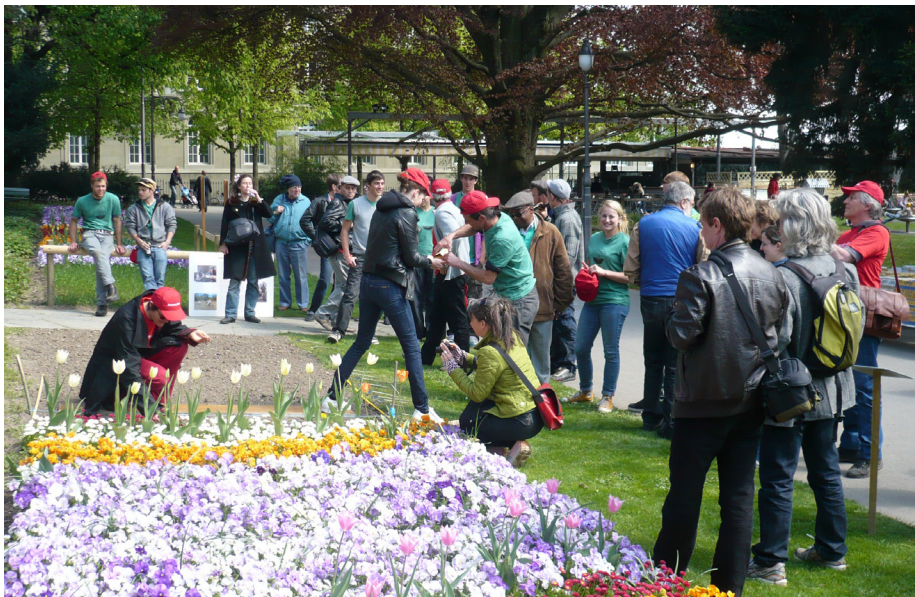
## Ernährung & Agrarpolitik

### Europäische Saatgutkampagne: Zukunft säen – Vielfalt ernten!

Seit 2008 bereitet die EU-Kommission eine europaweit einheitliche Saatgutgesetzgebung vor. Diese soll für alle Länder bindend sein und die bisherigen 12 EU-Richtlinien vereinfachen. Die Planung steht unter dem Motto «Better Regulation». Sie soll den bürokratischen Aufwand der Staaten verringern und den Interessen der Betroffenen gerecht werden. Als Betroffene werden aber in erster Linie die grossen Saatgut-Konzerne betrachtet, die quasi eine Monopolstellung einnehmen, nachdem sie in den letzten 20 Jahren die meisten

mittelständischen Saatgutbetriebe aufgekauft haben. Ihr erklärtes Ziel ist es, die von den BäuerInnen und GärtnerInnen praktizierte selbständige Vermehrung und Nutzung von Saatgut zu unterbinden, da sie darin eine Umgehung der von ihnen beanspruchten geistigen Eigentumsrechte auf Sorten sehen. Damit missachten sie die Tatsache, dass die heutigen Kulturpflanzen seit Jahrhunderten von BäuerInnen entwickelt wurden und sie nur noch den letzten Schritt einer Spezialisierung von Sorten vorgenommen haben.

Das EBF hat im Jahr 2009 eine europaweite Saatgutkampagne mit einer



*Saatgutaktion in Bern: Anlässlich der Übergabe von 30'000 Petitions-Unterschriften wurde ein Schaugarten mit 48 verschiedenen alten Getreidesorten angelegt.*

Petition an die EU-Kommission begonnen, unter dem Motto: «Zukunft säen – Vielfalt ernten!». Die Petition fordert, die traditionellen bäuerlichen Rechte in Bezug auf das Saatgut beizubehalten und eine Abkehr vom energieintensiven Landwirtschaftssystem, welches auf Monokulturen und Hohertragssorten setzt. Als Alternative wird die Förderung regional angepasster Sorten verlangt. Verbündete dieser Kampagne sind: die «*BUKO - Kampagne gegen Biopiraterie*», und die «*Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft*», AbL, in Deutschland.

Auch in anderen Ländern haben sich zahlreiche Organisationen der Saatgutkampagne angeschlossen, insbesondere auch die «*Europäische Kooperative Longo maï*», mit einer breiten Unterschriftensammlung in der Schweiz. Am 15. April 2011 übergab sie 30'000 Unterschriften an das Parlament und den Bundesrat. In einer symbolischen Aktion säten Persönlichkeiten 48 verschiedene Getreidesorten auf der «Kleinen Schanze» neben dem Bundeshaus aus. Die Pflanzen wurden von SchülerInnen der Bio-Landwirtschaftsschule Schwand liebevoll betreut. Zahlreiche PassantInnen konnten während Monaten die Vielfalt des Getreides bewundern und auf den Hinweisschildern Wissenswertes über die Herkunft der verschiedenen Sorten erfahren.

Am 17. und 18. April 2011 organisierte die Saatgutkampagne zwei Aktionstage in Brüssel, um die gesammelten 58'000 Unterschriften den EU-Institutionen zu übergeben. Rund 60 belgische Landwirtschafts- und Umweltorganisationen haben als MitorganisatorInnen zu den beiden Tagen aufgerufen. Am ersten Tag fand eine öffentliche, internationale Saatgut-Tauschbörse mit mehr als 500 BesucherInnen statt. Durch den freien Tausch von Saatgut demonstrierten die TeilnehmerInnen ihr Recht, Saatgut selbst zu vermehren und in Verkehr zu bringen. Parallel dazu fand eine Konferenz statt, an der bäuerliche Organisationen aus Indien und der Türkei den Einfluss der europäischen Saatgutpolitik auf die Landwirtschaft in ihren Ländern aufzeigten. In einer Grussbotschaft per Video fasste der UNO-Sonderbeauftragte für Ernährung, Olivier de Schutter, seine Untersuchung zusammen, die zu dem Schluss kommt, dass bäuerliches Saatgut weltweit eine wichtige Rolle für die Ernährung spielt und deshalb stärkere Berücksichtigung und Unterstützung verdient. Ein Demonstrationzug durch das Europaquartier stattete den Niederlassungen verschiedener Saatgutkonzerne einen Besuch ab, um deren Lobbyarbeit gegenüber den EU-Institutionen anzuprangern. Zum Abschluss wurden die Unterschriften drei EU-ParlamentarierInnen übergeben, unter ihnen der



*500 BesucherInnen an der Saatgut-Tauschbörse während der Aktionstage in Brüssel.*

Vizepräsidentin des europäischen Parlaments, Isabelle Durant.

Die Aktionstage in Brüssel sind in einem Dokumentarfilm festgehalten, der allen Interessierten auf der Webseite der Saatgutkampagne zur Verfügung steht:

<[www.saatgutkampagne.org](http://www.saatgutkampagne.org)>

## **Forum für Ernährungssouveränität**

Zahlreiche bäuerliche- und Umweltorganisationen aus ganz Europa trafen sich im August 2011 in Krems (Österreich) zum «Europäischen Nyeleni-Forum für Ernährungssouveränität». «Nyeleni» ist der Ort in

Mali, an dem – im Frühjahr 2007 – das erste internationale Forum für Ernährungssouveränität stattgefunden hat, organisiert von «La Via Campesina». In der Auseinandersetzung für Ernährungssouveränität ist die freie Verfügung über Saatgut eine wesentliche Forderung. Mitglieder des EBF haben an dem internationalen Forum in Krems teilgenommen, und als VertreterInnen der Saatgutkampagne in einem workshop den TeilnehmerInnen die internationale Auseinandersetzung um den freien Zugang zu Saatgut vermittelt. Die Abschlusserklärung des Treffens kann unter abgerufen werden: <[www.nyeleni.org](http://www.nyeleni.org)>

## Flucht & Migration

### Zehn Jahre Sans-Papiers-Bewegung in der Schweiz

Ein Mitglied des EBF war auch im Berichtsjahr im Vorstand der Anlaufstelle für Sans-Papiers in Basel aktiv, ein weiteres im Ausschuss von «Solidarité sans frontières» (Sosf) mit Sitz in Bern. 2011 war ein Jubiläumsjahr und reich an öffentlichen Aktionen. Dies ersieht man aus dem folgenden Bericht, welcher in gekürzter Form dem Jahresbericht der Anlaufstelle Basel entnommen ist.



### Demos in Basel und Bern

Am 18. Juni organisierte die Anlaufstelle für Sans-Papiers zusammen mit der «Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt» und mit der Organisation «Bleiberecht für alle!» den dritten Marsch der Sans-Papiers durch die Basler Innenstadt, an dem rund 400 Personen teilnahmen.

Am 1. Oktober fand schliesslich die grosse, gesamtschweizerische Sans-Papiers-Demonstration mit rund 5'000 Personen statt, die Sosf koordiniert hatte. Die Anlaufstelle arbeitete in der Vorbereitungsgruppe mit, mobilisierte zudem breit in der Region Basel und heuerte Transportbusse an. Mitte Oktober wurde dann in Bern die von knapp 20'000 Personen unterzeichnete Petition von Sosf «Schluss mit der Heuchelei» zuhanden des Bundesrats übergeben. Diese fordert unter anderem den sofortigen Stopp sämtlicher Zwangsausschaffungen und die Schaffung funktionierender Rahmenbedingungen zur Regularisierung illegalisierter Menschen.

## **Besetzung der Fremdenpolizei und ein Banquet Républicain**

Ebenfalls im Oktober fanden die Vorbereitungen und Proben für eine theatralische Aktion in den Räumen der Basler Fremdenpolizei statt: Drei Brautpaare begaben sich mit einer festlich aufgemachten Hochzeitsgesellschaft am 26. Oktober vom Rathaus in den Spiegelhof, wo die Paare bei der behördlichen Befragung über die Motive ihrer Ehe durchfielen und weggewiesen wurden. Mit dieser Aktion brachten die TeilnehmerInnen ihren Protest gegen den Generalverdacht von Scheinehen bei interkulturellen Heiraten zum Ausdruck.

Ein paar Tage später, am 8. November, trafen sich in der Antoniuskirche – die zehn Jahre zuvor von Sans-Papiers besetzt worden war – über hundert Menschen zu einem Banquet Républicain. Alte und neue KämpferInnen, Sans-Papiers und Avec-Papiers, feierten damit das zehnjährige Jubiläum der Sans-Papiers-Bewegung. Zahlreiche Sans-Papiers der ersten Stunde, die mittlerweile zum Teil eingebürgert sind, waren anwesend. Manche haben bereits Grosskinder hier, leben im eigenen Haus, oder absolvierten ein Studium. Sie alle sind seit ihrer Legalisierung beruflich gut vorangekommen, haben sich weiter qualifiziert und teilweise selbstständig gemacht. Welch ein Unterschied zur Lebenssituation der noch nicht Regularisierten!

Zu all diesen Anlässen waren auch die Medien eingeladen worden, doch zeigten sie kaum Interesse. Dies führte zur letzten Protestaktion im Jahr 2011: Frei nach dem Motto «Wenn ihr nicht zu uns kommt, kommen wir zu euch!» besuchte und besetzte das Sans-Papiers-Kollektiv am 21. Dezember für eine Weile den Redaktionsraum der «Basler Zeitung» (BAZ) und inszenierte ein kurzes Theaterstück.

Die Anlaufstelle nahm auch an der Mahnwache vor dem Ausschaffungsgefängnis am 13. Dezember teil, als Saidou, ein Mitglied des Berner Bleiberechtkollektivs, zwecks Ausschaffung nach Basel transferiert wurde. Kurz vor Weihnachten folgte die Anlaufstelle dem Aufruf, abendliche Kontrollrundgänge vor der Empfangsstelle zu machen, um obdachlosen Asylsuchenden zu einem Dach über dem Kopf zu verhelfen – eine Aktion, die ausnahmsweise medial für ziemlichen Wirbel sorgte.

## **Jurassisches Unterstützungskomitee für Sans-Papiers (MJSSP)**

Ein Mitglied des EBF war auch im Jahr 2011 im jurassischen Unterstützungskomitee für Sans-Papiers aktiv «*Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers et Migrants*» (MJSSP).

Das MJSSP betreut seit 2005 während mindestens zwei Stunden in

der Woche die Beratungsstelle für Sans-Papiers und abgewiesene AsylbewerberInnen in Delémont. Diese Permanenz ist die einzige Anlaufstelle im Kanton Jura, wo MigrantInnen kostenlos juristische und andere Unterstützung bekommen.

Seit 2009 führte das MJSSP einen zähen Kampf, damit der in der Bundesverfassung verankerte Rechtsanspruch auf «Nothilfe» (Artikel 12) von den Kantonsbehörden auch in die Praxis umgesetzt wird. Im Berichtsjahr konnte nun endlich ein Erfolg errungen werden: In zwei exemplarischen Präzedenzfällen wurde durchgesetzt, dass die Betroffenen diese Hilfe erhielten. Ausserdem versprach

der neue diensthabende Chef, dieses garantierte Recht in Zukunft bedingungslos zu respektieren.

Sein zehnjähriges Jubiläum feierte das MJSSP mit der Vorführung des Films «*La machine fédérale contre l'immigration*» gefolgt von einer Diskussion mit Françoise Kopf und anschliessend mit einem Fest. In Kooperation mit dem EBF beteiligte sich das MJSSP an der Organisation der Lesetour des Journalisten Jean Dufflot durch die Welschschweiz, auf welcher Dufflot sein Buch «*Euro-mirage, de Lampedusa à Rosarno*» («Orangen fallen nicht vom Himmel») vorstellte.

*Gleiche Rechte für alle Menschen...*



*Damit sind wir einverstanden....*

*...stellt sich nur die Frage :  
Wer hat Anrecht auf den  
Status Mensch*



## Endstation Ukraine

Information und Aufklärung in den osteuropäischen Ländern über die «Festung Europa» gehören zu den wichtigen Anliegen des EBF. Mit der westukrainischen Region Transkarpatien bestehen langjährige Kontakte, die im Rahmen zahlreicher Austauschprogramme des EBF geknüpft wurden. Seit 2005 entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit dem «Komitee für medizinische Hilfe Transkarpatien» («*Comité d'Aide Médicale Transcarpatie*» / CAMZ), mit Sitz in Uschgorod. Diese Organisation – in der hauptsächlich junge Frauen aktiv sind – setzt sich unter schwierigsten Bedingungen für die Betreuung von Flüchtlingen ein, die an der Ostgrenze der «Festung Europa» stranden, oder von der EU in die Ukraine zurückgeschoben und dort in Gefängnisse und Lager gesteckt werden.

Im Berichtsjahr konzentrierte sich das CAMZ vor allem auf die Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung: So wurden mehrere Seminare über Asylrecht und Menschenrechte für Studierende an der Universität Uschgorod durchgeführt. Mit einem Filmwettbewerb zur Flüchtlings-Thematik in der Westukraine und der anschließenden Vorführung der Filme in einem Theater in Uschgorod konnten breitere Kreise der Bevölkerung angesprochen werden. Ausserdem baute die Gruppe die medizinische Hilfe für

Flüchtlinge aus – dank einer Ärztin, die sich speziell dieser Aufgabe annahm – und dokumentierte auch weiterhin die sich häufenden Fälle von Abschiebungen an der ungarischen und der slowakischen Grenze.

Im September 2011 beschloss der «Freundeskreis Cornelius Koch» das CAMZ für seine hervorragende Flüchtlingsarbeit im kommenden Jahr mit dem Schweizer Menschenrechtspreis «Offene Grenzen» auszuzeichnen. Für die Laudatio konnte der ehemalige Ständerat und Menschenrechtsexperte Dick Marty aus dem Tessin gewonnen werden.

Das EBF unterstützt das CAMZ beratend und finanziell für folgende Schwerpunkt-Aktivitäten:

- *Sensibilisierung der Öffentlichkeit:* Zusammenarbeit mit Fakultäten der örtlichen Universität wie Medienwissenschaften, Sozialpädagogik, Recht, internationale Beziehungen. Kontaktaufnahme mit Religionsgemeinschaften und Minderheiten (z. B. slowakische, ungarische; jüdische Gemeinde), die aufgrund ihrer eigenen Geschichte das Schicksal von Flüchtlingen verstehen. Medien: Diese können den Flüchtlingen ein Gesicht geben, sie selbst zu Wort kommen lassen und über Fluchtgründe und Herkunftsländer berichten. Ordnungskräfte: Ausbildungsprogramme für Polizisten und Grenzwächter in den Bereichen Menschenrechte und Rechte



von MigrantInnen, sind dringend nötig, um Übergriffen und Miss-handlungen vorzubeugen.

- *Grenzüberschreitende Vernetzung:* Es geht nicht an, dass die reichen EU-Länder und die Schweiz Flüchtlinge in das Armenhaus Ukraine abschieben. Mit dem Rücknahmeabkommen, welches die Ukraine mit der EU und der Schweiz abgeschlossen hat, spitzt sich die Lage noch weiter zu: Jeder Flüchtling, der die Ukraine durchquert hat, kann dorthin zurückgeschafft werden. VertreterInnen der europäischen Institutionen müssen über die Konsequenzen dieser Politik informiert werden. Flüchtlingsorganisationen

sollen ein grenzüberschreitendes Netzwerk aufbauen und Fälle von Abschiebungen dokumentieren («Border Monitoring»).

- *Begleitung und offene Empfangszentren:* Die Flüchtlinge befinden sich in einer äusserst prekären Situation, was Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und sprachliche Verständigung betrifft. Es müssen ÄrztInnen, AnwältInnen, SprachlehrerInnen, korrekte Wohnungen und Arbeit gefunden werden. Als Alternative zu den geschlossenen Lagern braucht es unabhängig geführte, offene Anlaufstellen, wo sich Flüchtlinge treffen und Rat einholen können.



*Afghanisches Flüchtlingskind in Uschgorod (Ukraine). Welche Zukunft?*

## **Von Bamako nach Dakar «Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung»**

Anfangs 2011 zog eine Karawane der besonderen Art während drei Wochen durch afrikanische Lande: Rund 300 AktivistInnen – 4/5 davon afrikanische, 1/5 europäische – nahmen an der Busreise teil, die von der malischen Hauptstadt Bamako zum 10. Weltsozialforum in der senegalesischen Hauptstadt Dakar führte. Mit ihrer Fahrt wollten sie sichtbar machen, wie die Ursachen für Flucht und Migration auf afrikanischer Seite mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der MigrantInnen in den europäischen «Aufnahmeländern» zusammenhängen.

Organisiert wurde die Karawane vom Netzwerk «Afrique Europe Interact» (AEI), in dem antirassistische Gruppen und Einzelpersonen aus Mali, Senegal, Deutschland, Österreich, Holland, Frankreich und Spanien zusammengeschlossen sind. Das Netzwerk war bereits mehr als ein Jahr vor dem Start der Karawane gegründet worden. Auch Mitglieder des EBF waren von Anfang an dabei. Von malischer Seite wurde die Karawane hauptsächlich von der «Vereinigung abgeschobener MalierInnen» («Association des Maliens Expulsés»/AME) getragen, die Mitte der 1990er Jahre aus der Selbstorganisation von Abgeschobenen entstanden ist. Neben der AME sind im Netzwerk AEI aber

rund 40 weitere malische Organisationen vertreten.

Entlang der über 1'300 Kilometer langen Route nach Dakar hielt die Buskarawane unter anderem in Kayes, sowie in Tambakunda und Kaolack im Senegal. Bei jeder Etappe fanden Veranstaltungen mit der lokalen Bevölkerung, Demonstrationen und symbolische Aktionen statt. Und es wurde ständig diskutiert, sei es über die Strategie für die nächste Demonstration, zukünftige gemeinsame Kampagnen, oder über die aktuellen Entwicklungen in den Ländern des Maghreb. Die letzte Station war das Weltsozialforum in Dakar. Hier brachten sich die AktivistInnen mit eigenen Workshops ein und organisierten eine Demonstration zum Sitz der europäischen Grenzschutzagentur «Frontex». Diese dient für eine möglichst effektive Abschottung der «Festung Europa». «Frontex» trägt also eine grosse Mitschuld am Tod tausender Flüchtlinge und MigrantInnen, die beim Versuch nach Europa zu gelangen ums Leben gekommen sind.

Die Stationen und Aktionen der «Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung» sind in der zweisprachigen Publikation «*Mouvements autour des frontières / Grenzbewegungen*» auf 120 A4-Seiten dokumentiert. Bestellungen unter: <[www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)>. Auf dieser Webseite können auch die

weiterführenden Aktionen des Netzwerks «Afrique Europe Interact» in

deutscher, französischer und englischer Sprache verfolgt werden.



*Für Bewegungsfreiheit !*

## Nah & Fern

### **Umweltzerstörung durch Uranabbau – ein afrikanisches Dorf wehrt sich!**

Am Weltsozialforum in Dakar (Senegal) kreuzten sich anfangs Februar 2011 die Wege von mehreren EBF-AktivistInnen: Die einen waren mit der Buskarawane von Mali aus gestartet, die anderen hatten am Weltsozialforum in der Universität Cheik Anta Diop die Ausstellung «Falea, Mali, Westafrika – Uran bedroht ein Dorf» aufgestellt. Der Ausstel-

lungsraum bot sich den ankommenden TeilnehmerInnen der Karawane als erster Seminarraum an. Die EinwohnerInnen von Falea haben sich in einer BürgerInnen-Initiative mit dem Namen ARACF («Association des ressortissants et amis de la Commune de Falea») zusammengeschlossen. Sie wehren sich gegen die geplante Uranmine, die den Hauptort und 21 weitere Dörfer der Gemeinde (mit insgesamt 17'000 EinwohnerInnen) in eine Abfallhalde verwandeln und die

zahlreichen Bäche auf dem artenreichen Hochplateau verseuchen würde. Das EBF kennt einige wichtige ExponentInnen dieses Widerstands seit 20 Jahren. Damals gehörten sie zu den InitiatorInnen von Radio Kayira, einem freien Radiosender, der sich «*Stimme der Stimmlosen*» nannte.

Durch die Kampagne wird ARACF mittlerweile auch von der malischen Regierung als institutionelle Partnerin im Umweltverträglichkeits - Prüfungsverfahren anerkannt. Die maliische Gesetzgebung schreibt bei Eingriffen in die Umwelt unter anderem die Möglichkeit einer Volksbefragung

auf Gemeindeebene vor: Die Bevölkerung soll in gründlicher Kenntnis aller Folgen ja oder nein zum geplanten Uranabbau sagen. Ohne Hilfe von aussen hat das Dorf nicht die geringste Chance, gegen einen multinationalen Atom-Konzern aufzukommen. Dank der Vernetzungsarbeit des EBF kann Falea nun auf die Unterstützung namhafter PartnerInnen zählen, darunter: Stadt und Kanton Genf (CH), die Abteilung Umwelt und Gesundheit der Stadt Zürich (CH), «*La revue durable*» (CH), die Vereinigung IPPNW («*Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges*» CH und



*Die Ausstellung «Falea Mali - Uran bedroht ein Dorf» empfängt die TeilnehmerInnen der Karawane «für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung» am Weltssozialforum in Dakar.*

D), die Bürgerinitiative «Umwelt-schutz Lüchow-Dannenberg» (D), «MENSCHENRECHTE 3000, e.V. uranium-network.org» (D), «Europe écologie, les Verts» und «CRIIRAD» (F).

Im Berichtsjahr 2011 wurde unter anderem eine Nullpunktstudie («Baseline study») in Zusammenarbeit mit dem unabhängigen französischen Laboratorium für Radioaktivität «CRIIRAD» fertiggestellt, nachdem bereits im Vorjahr sechs EinwohnernInnen von Falea für die Durchführung der Studie ausgebildet werden konnten. Ausserdem erhielt die Gemeinde, die bis dahin von der Telekommunikation ausgeschlossen war im Februar 2011 ein öffentliches Telefon mit Anschluss ans Internet via Satellit. Im Juli 2011 nahm ein Lokalradio den Betrieb auf. Das Radio kann nicht nur Inhalte zum Uranabbau, zur Bergbaugesetzgebung, Umwelt- Gesundheits- und Demokratiefragen in den vier Lokal-Sprachen vermitteln, es bringt auch Sendungen die das tägliche Leben der Menschen in der Region betreffen. Im März 2011 besuchten die EuropaparlamentarierInnen Eva Joly und Michèle Rivasi Falea und wurde anschliessend vom malischen Staatspräsidenten, Amadou Toumani TOURE (ATT) empfangen.

Ein Vertreter von Falea konnte im Mai 2011 an der gesamtschweizerischen Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» in Gösgen vor fast 20'000

TeilnehmerInnen reden. Die Falea-Ausstellung von Dakar wurde im Jahre 2011 an rund vierzig verschiedenen Orten gezeigt. Mehrere Informationsreisen nach Deutschland, Österreich und in die Niederlande erweiterten das Netz der Solidarität. Auf der Internetseite <[www.falea21.org](http://www.falea21.org)> wird fortlaufend über Falea und die Solidaritätskampagne berichtet.

### **Beteiligung an der Anti-Atom-Bewegung in Frankreich**

An vielen Orten Frankreichs fanden nach der Katastrophe von Fukushima Aktionen statt. So auch in Avignon, wo Mitglieder des EBF während drei Tagen mit der Gruppe «Avignon mon amour» auf einem öffentlichen Platz ein Anti-Atom-Camp aufschlugen. Um den gewohnten Widerstandsrahmen zu erweitern gaben sie neben den Vorträgen von Fachleuten viel Raum für informellen Austausch mit der Lokalbevölkerung und legten großen Wert auf die Selbstorganisation der Camp-BesucherInnen. Bewusst war ein Stadtviertel von Avignon gewählt worden, in dem Menschen leben, die für die Gefahren der Atomkraft noch kaum sensibilisiert sind. Ein grosser Teil des Gemüses für die Mahlzeiten des Camps wurde von «Avignon mon amour» auf der Longo-mai-Kooperative «Mas de Granier» angebaut, wodurch ein spannender Austausch zwischen Land und Stadt zustande kam.

Im Vorfeld hatte das Kino «Utopia» im Rahmen eines Themenzyklus' Filme vom Uranabbau, über Atomwaffen bis zur Endlagerung gezeigt und im Anschluss daran Diskussionen mit den Filmschaffenden organisiert.

Beim vorerst letzten Castortransport zwischen der Wiederaufbereitungs-

anlage La Hague und dem Zwischenlager in Gorleben hat ein neu entstandenes Kollektiv zu Protesten aufgerufen. Mehrere hundert Menschen, darunter auch Mitglieder des EBF, trafen sich, um endlich auch in Frankreich die Risiken der Atom-Industrie ins öffentliche Bewusstsein zu tragen.



*Hier wächst das Gemüse fürs dreitägige Anti-Atom Camp Avignon mon Amour*

## Widerstand gegen geplante Goldmine in Rumänien

Die rumänische Zweigstelle des EBF beteiligt sich seit mehreren Jahren an der Kampagne «Save Roșia Montană!». Diese blickt bereits auf mehr als ein Jahrzehnt Widerstand gegen die geplante Zerstörung Roșia Montanăs durch Europas grösstes Goldtagebau-Projekt mit Zyanidlauge-technik zurück.

Die gut 2'000 Jahre alte Ortschaft im Herzen der Westkarpaten/Munții Apuseni soll – ginge es nach der «Roșia Montană Gold Corporation» (RMGC) – 300 Tonnen Gold geopfert werden. Auch wenn das Unternehmen versucht, sich mit enormer Medienpräsenz und aufwändigen Restaurierungsprojekten ein grünes

Gesicht zu geben, am Ende bliebe ein musealer Ortsrest unterhalb eines 185m hohen Damms, der 300 Millionen Kubikmeter zyanidhaltige Abfälle zurückhalten soll und in dem ein Ortsteil verschwinden würde.

Mittlerweile geht es nicht nur um die Verhinderung dieser ökologischen Katastrophe: weitere gesellschaftliche brennende Themen wie Rassismus und sozialer Wandel beschäftigen viele der AktivistInnen. Der Widerstand findet vor Ort und vor den Gerichten statt – doch inzwischen auch auf den Strassen, was für Rumänien lange als undenkbar galt. Jedes Jahr findet das «FânFest» statt, zu dem Mitte August mehrere tausend UnterstützerInnen aus dem In- und Ausland nach Roșia Montană kommen.



## Buch- und Filmtipps?

*Andreas Buro*

### **Gewaltlos gegen den Krieg Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten**

Das Buch gibt Aufschluss über das politische Denken einer ganzen Generation das sich aktiv in «sozialen Bewegungen» ausserhalb der etablierten politischen Parteien, zeitweise in der «außerparlamentarischen Opposition», bewährte. Es ist ein historisches Buch zur inneren Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, das über wesentliche Zusammenhänge z. B. der Anti-Atom-Bewegung, dem Widerstand gegen die NATO und der Friedensbewegung berichtet.

*Verlag Brandes & Apsel 2011, Frankfurt am Main, 328 Seiten,  
ISBN 978-3-86099-709-3,  
(24,90 €)*

*Fatima Sissani*

### **La langue de Zahra**

In diesem Dokumentarfilm lässt Fatima Sissani die Erzählkunst, den Reichtum und die Poesie der kabyliischen Sprache aufleben, im Portrait ihrer Mutter, die nach Frankreich emigrierte. Bilder einer redengewandten Frau, sobald sie sich von den Zwängen der in der Immigration schlecht vermittelten zweiten Sprache befreit... Der Film hat mehrere Preise erhalten,

darunter den goldenen Olivenbaum am Jahreskulturfestival des Filmes Amazigh in Tizi Ouzu in Algerien. Das EBF hat einen bescheidenen Beitrag an die Produktion geleistet.

*HDV 90', 2011*

*Contact:*

*lalanguedezahra@hotmail.fr  
+33 669 686 363*

*Philippe Baqué*

### **La Bio, entre business et projet de société**

JournalistInnen, SoziologInnen, AgronomInnen und BäuerInnen haben sich zusammengefunden und in verschiedenen Ländern und Kontinenten recherchiert. Neben den Auswüchsen des Bio Business beschreiben sie zukunftsfähige Alternativen zum herrschenden gesellschaftlichen Modell. Das EBF hat dieses Buchprojekt finanziell unterstützt (erscheint im Mai 2012, Sprache: Französisch).

*Editeur Agone, 2012, Collection*

*Contre Feux, 432 pages*

*ISBN : 978-2-7489-0170-2*

*22.00 €*

*Claude Braun, Michael Rössler*

### **Ein unbequemes Leben**

### **Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan**

Cornelius Koch (1940 – 2001) arbeitete eng mit dem EBF zusammen, wenn es darum ging, Kriegsdienst-



verweigerer aus Ex-Jugoslawien zu schützen, den Not leidenden Menschen in Rumänien – dem Land seiner Kindheit – beizustehen und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anzuklagen.

Claude Braun und Michael Rössler, beide Mitarbeiter des EBF, erzählen in dieser Biographie aus seinem Leben und über das gemeinsame Engagement. Das Buch soll ein Stück gelebter «Geschichte von unten» ins Gedächtnis rufen und auch an jüngere Generationen weitervermitteln.

*Zytglogge Verlag 2011, CH-Oberhofen am Thunerssee, 376 Seiten, ISBN: 978-3-7296-0819-1 (36.-- CHF / 24.-- €)*

***Fabien Didier Yene***  
**Bis an die Grenzen**  
**Chronik einer Migration**

Yene beschreibt in diesem Buch die Geschichte seiner eigenen Migration: von Kamerun durch verschiedene afrikanische Länder und die Sahara, bis nach Marokko. Im Oktober 2005 nahm er am Massenansturm auf die «Festung Europa» teil. Er war unter jenen, die gegen die Grenzzäune von Ceuta und Melilla anrannten und musste mit eigenen Augen mit ansehen, wie enge Freunde unter dem Kugelhagel der spanischen und marokkanischen Grenzwärter ums Leben kamen. Mehrere EBF-Mitglieder haben

massgeblich zum Erscheinen des Buches beigetragen: z. B. als HerausgeberInnen und als ÜbersetzerInnen. Ausserdem beteiligten sie sich an der Organisation einer Lesereise mit den Autor, im November 2011, welche Yene durch Österreich und Deutschland führte. Sein Buch hat grosse Resonanz ausgelöst und musste bereits zwei Mal nachgedruckt werden.

*Drava Verlag 2011, Klagenfurt, Edition Niemandland, 224 Seiten, ISBN 978-3-85435-642-4 (19,80-€)*

***Jean Duflot***  
**Orangen fallen nicht vom Himmel**  
**Der Sklavenaufstand in Rosarno**

Am 7. Januar 2010 brachten die Schüsse auf zwei der Afrikaner in der kalabrischen Kleinstadt Rosarno das Fass zum Überlaufen. Ein bisher nie gekannter Aufstand der modernen Sklaven in der industriellen Landwirtschaft Europas brach aus, worauf Einheimische eine brutale Menschenjagd auf die Afrikaner begannen, die mehrere Tage dauerte. Der Journalist, Jean Duflot, recherchierte im Auftrag des EBF vor Ort. Sein detaillierter Untersuchungsbericht liegt neben der französischen Originalfassung nun auch in einer deutschsprachigen Version vor. Eine vom EBF organisierte Lese-

tour führte den Autor durch mehrere Welschschweizer Städte, darunter Genf, La Chaux-de-Fonds, St. Imier, Lausanne, Biel und Delémont. Diese Veranstaltungen, die meist mit einem Aperitif oder einem gemeinsamen Essen verbunden waren, boten Raum für das direkte Gespräch mit dem Autor. Mehrere Tageszeitungen und Internet-Medien haben das Buch vorgestellt.

Deutsch:

«*Orangen fallen nicht vom Himmel*»  
EBF 2011, Basel, 132 Seiten,  
ISBN: 3-9522125-3-9  
(20,-- CHF / 15,-- €)

Französisch:

«*Euromirage, de Lampedusa à Rosarno*», Editions Golias 2011,  
F-Villeurbanne, 238 Seiten, ISBN :  
978-2-35472-139-8 (15,-- €)

Weitere Hinweise auf Publikationen des EBF sowie befreundeter AutorInnen finden sich in der Rubrik «Bestellungen» unter:  
[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)



## Europäisches BürgerInnen Forum

Der Verein Europäisches BürgerInnen Forum - Forum Civique Européen ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt.

### Spenden an:

- Schweiz: Europäisches BürgerInnen Forum, Komitee Schweiz /  
Forum Civique Européen, Comité Suisse  
Postkonto PC 40-8523-5  
IBAN: CH24 0900 0000 4000 8523 5,  
BIC: POFICHBEXXX
- Deutschland: Europäische Kooperative, Raiffeisenbank Malchin,  
Konto 1084194, Vermerk EBF  
IBAN: DE69 1506 1698 0001 0841 94,  
BIC: GENODEF1MAL
- Österreich: Europäisches BürgerInnen Forum / Österreich,  
Posojilnica-Bank, Železna Kapla/Bad Eisenkappel,  
BLZ: 39130, Konto 8.055.451  
IBAN: AT94 3913 0000 0805 5451,  
BIC: VSGKAT2K130



*Archipel*, die Monatszeitschrift des EBF erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr in Deutsch (3`200) und Französisch (1`600). Sie wird zum Grossteil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vorallem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika und Lateinamerika an viele Kontakte des EBF, die sich ein bezahltes Abonnement nicht leisten können, gratis verschickt.

*Archipel* berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Einzelpersonen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Alle Ausgaben vom Archipel können noch gelesen werden unter  
<[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)>

**civique**  
**forum!.org**

Europäisches BürgerInnen Forum  
Forum Civique Européen  
European Civic Forum  
Foro Cívico Europeo